

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 438 01. Juli 2009

15. Jahrgang

Die Droge Gerardi

Wenn etwas mit Gewissheit über die Ermordung von Bischof Gerardi gesagt werden kann, dann, dass sie Leidenschaften und grosse Fragezeichen provoziert hat und weiterhin provoziert. Nachdem sich im Verlauf der Jahre die Wellen endlich etwas geglättet haben, wurden sie nun durch die spanische Übersetzung des Buches "Die Kunst des politischen Mordes. Wer tötete den Bischof?" des guatemaltekisch-US-amerikanischen Autors Francisco Goldman wieder aufgewühlt. Für die einen liegt die Angelegenheit nach wie vor im Dunkeln, für die anderen, so auch für den Autor, ist sie ein Zeichen der Hoffnung, dass es möglich ist, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Der folgende Artikel von Alejandra Gutiérrez Valdizán erschien in der Zeitschrift "Revista" vom 5. Juni 2009.

Zwei Tage vor seiner Ermordung, am 24. April 1998, übergab Juan Gerardi zusammen mit dem *Menschenrechtsbüro des Erzbistums Guatemala* (ODHAG) der Öffentlichkeit den Bericht über das *Projekt zur Erlangung der historischen Erinnerung*, REMHI. Wie eine Warnung erklangen seine Worte in der Kathedrale der Hauptstadt: "Die Geschichte aufarbeiten, den Schmerz, den Tod. Das menschliche Drama aufzeigen, das 'Weshalb' und 'Wie' verstehen... Das REMHI war wie eine offene Tür, damit die Menschen aufatmen und sich frei aussprechen können." Die Aufklärung des Todes von Gerardi wurde zu einem intensiven und verschlungenen Versuch, diese Geschichte des Schmerzes und des Todes aufzuarbeiten, das "Wie" und "Weshalb" zu verstehen.

Mit dem Ziel, die Wahrheit herauszufinden, machte sich Francisco Goldman auf eine Suche, die neun Jahre dauern sollte. Er schrieb ein Buch, in dem er sämtliche Teile dieses Puzzles zusammensetzen versucht. Mit seiner Herausgabe auf Spanisch haben die Guatemalteken nun die Möglichkeit, eine andere Version als die bisher üblichen zu hören, und vielleicht bringt das Buch Licht in eine Sache, auf der bisher nur Schatten lag.

Im Fall Gerardi gab es nicht nur Schwarz oder Weiss, sondern eine Palette von Grautönen, die von vielen Leuten mit Inbrunst verteidigt wurden. Das "Weshalb" der Ermordung war während Jahren Gegenstand intensiver Diskussionen und ist denn auch eine der dunklen Zonen, die Goldman in seinem Buch zu beleuchten versucht.

Nachdem die Staatsanwaltschaft und die Anwälte des ODHAG Dutzende von Beweggründen analysiert und verworfen hatten, war für sie klar: Das Verbrechen wurde wegen des REMHI begangen. Diese Theorie wurde von den Gegnern sofort gekontert: Weshalb soll der Bischof erst nach der Veröffentlichung des Berichts ermordet werden? Goldman hat in seinem Buch eine einfache und logische Erklärung: Wäre er vorher ermordet worden, hätte man aus ihm einen Helden, einen Märtyrer gemacht und dem REMHI wäre viel mehr Beachtung geschenkt worden. Ihn erst nach der Veröffentlichung zu ermorden und darum herum riesige Skandale zu veranstalten, war Teil der Kunst des Mordens.

Nery Rodenas, Direktor des ODHAG, teilt diese Meinung:

"Die beste Strategie, die juristischen Prozesse zu verhindern, welche die Veröffentlichung von ,Guatemala - nunca más' hätte nach sich ziehen können, war die Diskreditierung von Gerardi."

Für Mario Domingo, Anwalt des ODHAG und eine der Hauptpersonen in Goldmans Buch, ist das "Weshalb" der Ermordung klar: "Es ging um die Botschaft: Wir haben nach wie vor die Macht."

Moisés Galindo Ruíz, Anwalt des Verurteilten Byron Lima, widerspricht der Theorie des politischen Mordes. Während der Untersuchungen und des Prozesses habe man ausschliesslich in einer Kriegslogik gedacht und entsprechend Angehörige des Militärs als Sündenböcke auserkoren. Zu behaupten, der Mord sei wegen des REMHI ausgeführt worden, entbehre jeglicher Logik, da ja der Bericht schon publiziert gewesen sei, so Galindo Ruíz.

Während den Untersuchungen tauchten immer neue "Weshalb", "Wie" und "Wer" auf, die Hypothesen verwoben sich zu Spinnennetzen. Selbst heute, nach elf Jahren, ist der Fall für die einen noch nicht gelöst. Die Mysterien und der Nimbus, welche den Mord umgaben, führten die anderen zu einer Art Besessenheit. Mario Domingo, der seit Beginn der Untersuchungen als Anwalt des ODHAG fungierte, versicherte, dass der Fall Gerardi süchtig machte. "Wer sich diesem Fall näherte, war fasziniert von ihm, von den Tausenden von Variablen, von den verschiedensten Sichtweisen, von den Verdunklungsversuchen. Verstrickungen, die einen nicht mehr loslassen. Von diesem Fall wurden auch Goldman, Claudia Méndez, Rodrigo Salvadó und Nery Rodenas süchtig."

Alle genannten Personen sind ProtagonistInnen in Goldmans Buch. Claudia Méndez Arriaza, Journalistin und Übersetzerin des Buches, die den Fall bis zum Gerichtsurteil begleitete, bestätigt dies. "Ich war bisher nie süchtig, aber der Fall Gerardi war für mich wie eine Droge." Das Paradigmatische daran ist für sie, dass dem Mord noch ein Verbrechen folgte: "Als wir glaubten, die Geschichte (von Gerardi und dem REMHI) sei mit dem Mord zu Ende, begannen die Vertuschung und Verzerrung der Wahrheit: Das

erst machte das Ganze zu einem ‚Kunstwerk‘."

Diese Kunst der Desinformation und Verdeckung weckte in Goldman erst so richtig das Interesse. "Die Leute vergassen das REMHI. Es ging nur noch um den Hund Balú, um den Priester Mario Orantes, um Homosexualität, um ein häusliches Verbrechen, um Ana Lucía und die Bande ‚Valle del Sol‘, den Raub von religiösen Bildern, Geheimnissen, Seifenoper etc. ... Und damit ist es beinahe gelungen, Bischof Gerardi unter dem Müll von Desinformation und Difamierung zu begraben."

KritikerInnen bezeichnen das Buch als "Resonanzraum" des ODHAG und versuchen, Goldmans Untersuchungen als unprofessionell zu widerlegen. Goldmans Antwort: "Ich hatte nie vor, wie die Staatsanwaltschaft oder die Polizei zu ermitteln. Meine Arbeit bestand darin, die einzelnen Puzzleteile wahrzunehmen und daraus eine Erzählung zu schreiben."

Für seine Untersuchungen stützte er sich auf die Informationen der Staatsanwaltschaft, des ODHAG und der (damals noch amtierenden) UNO-Mission MINUGUA, sowie auf die Recherchen der JournalistInnen. Material gab es viel, und Goldman hatte auch Zugang zu geheimen Informationen. "Ich versuchte, diese Fülle an Informationen zu verstehen und herauszufinden, wo und wie sie zusammenpassen, um daraus eine Geschichte zu schreiben, die von der Ermordung Gerardis bis zum Schlusspunkt des Falles geht, als im Jahr 2007 der Oberste Gerichtshof die Anträge der Verteidigung ablehnte", erklärt Goldman.

Dies ist ein weiterer Streitpunkt: Für Goldman gibt es einen Schlusspunkt, für andere nicht. Moisés Galindo, der Anwalt von Lima, bezeichnet die Verurteilung seines Mandanten als äusserst fragwürdig und schrieb selber ein Buch, in dem er sämtliche Punkte der Anklageschrift aufzählt, die in seinen Augen nicht korrekt sind.

Unabhängig davon, wie man den Fall und das Urteil einschätzt, muss man anerkennen, dass die Ermordung von Gerardi und die Suche nach der Wahrheit und den Hintergründen dieses Mordes in Guatemala Spuren hinterlassen haben. Dazu Goldman: "Der Fall zeigt vieles auf. Das Wichtigste aber ist, dass es einen enorm riskanten und langen Kampf um Gerechtigkeit in einem für ganz Guatemala traumatischen Fall gab. In einem Land, in dem bei dieser Art von Verbrechen - politischen Morden - immer Straffreiheit geherrscht hat. Und es gelang trotz aller Hürden, Gerechtigkeit zu erlangen. Das ist historisch." Er be-

schreibt bewegt den Tag der Urteilsverkündung, als die Leute plötzlich realisierten, dass Gerechtigkeit möglich ist. Doch danach ging der Krieg der Propaganda und der Desinformation los und dem Land wurden die Hoffnung und der Stolz geraubt, die sie zu Recht fühlten.

Claudia Méndez stimmt mit Goldman überein, dass der Fall gelöst sei, doch für sie gibt es ein grosses ABER: "Er ist gelöst für uns, die wir alle Details kennen, für Mario Domingo, für Staatsanwalt Leopold Zeissig. Aber es frustriert mich, dass im Gespräch mit irgendwelchen Personen immer ein "wer weiss, was da genau passiert ist..." kommt. Die Leute haben keine Ahnung von den wirklichen Geschehnissen." Méndez ist überrascht und besorgt darüber, dass die "Wahrheit nicht aufatmen" kann. Sie fragt sich, wie es möglich ist, dass die Menschen trotz Gerichtsurteil in einem Vakuum leben, das ihnen unmöglich macht, Gewissheit über das Verbrechen zu erlangen.

Denn auch wenn Goldman einen Schlusspunkt in seinem Buch gesetzt hat, bleibt der Fall Gerardi wie in der Luft hängen, die Staatsanwaltschaft sucht weiterhin nach Beweisen, mit denen weitere Beteiligte überführt werden können, und die Verteidiger der Limas (Vater und Sohn) suchen weiterhin nach Elementen, welche die Unschuld ihrer Mandanten beweisen.

Das Buch von Goldman hat den Fall erneut aufs Tapet gebracht. Gelobt von den einen, kritisiert von den anderen. Goldman selbst steht zu seiner Bewunderung für die Arbeit des ODHAG. "Wenn die Anwälte des ODHAG nicht so hartnäckig gearbeitet hätten, wäre die Sache mit Balú (dem Hund, der Bischof Gerardi angeblich zu Tode gebissen haben soll, die Red.) und der Verurteilung von Padre Orantes für immer in der Straflosigkeit versunken. Die unerbittliche und minutiöse Arbeit von Mario Domingo, seine Geduld und Hartnäckigkeit in dem Fall sind beispielhaft und haben viele LeserInnen, selbst SpezialistInnen der Materie tief beeindruckt." Für Domingo und Rodenas vom ODHAG und für Claudia Méndez zählt zu den positiven Elementen, dass bewiesen werden konnte, dass das System durchaus funktionieren kann - auch wenn andere dies anders sehen.

Kritisiert wurden zum Beispiel einzelne sowie die Anzahl Zeugen, auf die man sich im Prozess gestützt hatte. Wer aber wie Claudia Méndez Dutzende von Prozessen verfolgt hat, weiss, dass Zeuginnen das Herzstück in jedem Prozess sind. Entsprechend wichtig seien auch gute ZeugInnenschutzprogramme, be-

tont sie. "Es gibt immer jemanden, der bereit ist, zu reden", weiss sie, eine Erfahrung, die auch Mario Domingo teilt und dank der er die Ermordung seines eigenen Bruders aufklären konnte. Dazu Goldman: "Es ist ein menschliches Gesetz, dass mit der Zeit die Geheimnisse ans Tageslicht kommen". Eine andere Erkenntnis, die sich laut Goldman aus dem Fall Gerardi beweisen lasse, sei, dass es immer Menschen gibt, die ehrlich arbeiten: RichterInnen, StaatsanwältInnen, die Leute vom ODHAG...

Aber wie erwähnt gibt es dazu andere Meinungen: Verteidiger Galindo ist überzeugt, dass gewisse RichterInnen ZeugInnen zu Falschaussagen manipuliert hätten. Als eine perverse Show beschreibt Galindo die Art und Weise, wie der Prozess geführt worden sei.

Mario Domingo behauptet begeistert, dass, wer sich mit dem Fall Gerardi auseinandersetzt, eine Universität durchlaufe. Sowohl er wie auch Claudia Méndez versichern aus ihrer je unterschiedlichen Perspektive, dass sie durch die Beschäftigung mit dem Fall Gerardi die Lektion ihres Lebens gelernt hätten. Auch für Goldman war es ein Lehrstück (das zu einem Meisterwerk wurde, die Red.) "Es war ein langer, komplexer Prozess... der Exhumierung der Leiche Gerardis beiwohnen zu dürfen, der Zirkus, der um Balú gemacht wurde. Zu sehen, wie die Medien ein solch zynisches und groteskes Spiel mitmachten, war überraschend und schwierig zu akzeptieren."

Sie alle, Rodenas und Domingo aus der Sicht des ODHAG, Méndez Arriaza als Journalistin und Goldman als Autor,

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78314 Stahringen/Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

sind sich einig, dass man die Geschichte von Gerardi nicht isoliert von der Geschichte Guatemalas betrachten könne. Aus ihrer jeweiligen Perspektive stimmen sie darin überein, dass ihnen die Auseinandersetzung mit dem Fall zu einer anderen Sicht der Realität verholfen habe. Méndez: "Solche Dinge werfen einen völlig auf sich selber zurück, auf unsere Geschichte, auf unsere Gesellschaft, unsere Ängste, unsere Komplexe, auf unsere Reserviertheit, auf unsere Schwierigkeit, über die Wahrheit zu sprechen, auf unseren Rassismus. Es war so offensichtlich, wie z.B. der Zeuge mit (indigenem, die Red.) Nachnamen Chanax abschätzig behandelt wurde, oder einer, dessen Sprechweise nicht dem Spanisch entsprach, wie wir es gewohnt sind.

Doch Méndez will den Fall nicht negativ sehen, sondern streicht das Positive daran heraus. Ebenso beurteilt es Domingo: "Wir haben bewiesen, dass wir mit unserem Willen und unserem Mut die Wahrheit ans Tageslicht gebracht haben."

Aber auch darin stimmen die Meinungen nicht überein. Galindo: "In diesem Fall haben sich alle Gerardi auf die Fahnen geschrieben, wollten die Straffreiheit in Guatemala beenden, doch erreicht wurde nur noch mehr Straffreiheit."

Und solange viele Leute noch nicht entschieden haben, ob sie den Fall als gelöst oder nicht sehen wollen, solange sie nicht wissen, wem sie glauben können, empfiehlt Claudia Méndez: "Lest all

die verschiedenen Bücher, die über den Fall geschrieben wurden, lernt alle Versionen der Geschichte kennen und fällt euer eigenes Urteil!"

Goldmans Interesse liegt darin, aufzuzeigen, dass die Dunkelheit überwunden werden kann - die Strafflosigkeit und der Defätismus. "Dies ist eine Geschichte über Licht, Transparenz, Ehrlichkeit und Mut."

Francisco Goldman: *El arte del asesinato político. ¿Quién mató al obispo?* Anagrama/Sophos, Guatemala 2009

P.S.: Auch die *¡Fijáte!*-Redakteurinnen verfielen bei der Lektüre des Buches von Goldman der "Gerardi-Sucht".

Aus fürs PN-Archiv oder gar für den MR-Prokurator?

Guatemala, 19. Juni. Elf Tage vor Monatsende wurde dem gesamten Personal, das in der Aufarbeitung und Digitalisierung des Archivs der *Nationalpolizei* (PN) arbeitet, von ihrem Arbeitgeber, dem Menschenrechtsprokurator (PDH), mitgeteilt, dass ihre Verträge Ende Juni fristlos auslaufen. Erst ein Brief der Vorsitzenden des Internationalen Beratungsstabes des Archivs, Kate Doyle vom *National Security Archive* der *George Washington Universität*, klärt wenige Tage später auf, dass das vermeintlich plötzliche Vertragsende zusammenfällt mit der Beendigung der ersten Projektphase, der bergenden Rettung der Dokumente, die 2005 begonnen wurde. Dieser ersten soll planmäßig die zweite Phase folgen, welche die Stabilisierung und Institutionalisierung des Archivs enthält.

Neben der Tatsache, dass die Praxis willkürlicher Entscheidungen von Seiten der PDH bereits bekannt ist, ist die offizielle Version, es sei kein Geld mehr da, wenig glaubwürdig, gerade weil die Archivkonservierung ein Projekt ist, das durch Gelder der internationalen Zusammenarbeit finanziert wird. Sollten tatsächlich die Gelder ausgegangen sein, stellen sich nun viele Fragen: Sind die Gelder von der Kooperation womöglich begründet gestrichen worden? Und warum wurde nicht - das von der Institution zu erwartende Interesse an der Fortsetzung der Arbeit vorausgesetzt - beizeiten eine Verlängerung beantragt, neue Financiers gesucht oder schlicht PDH-eigene Gelder umgeschichtet?

Diese Fragen scheinen berechtigt zu sein angesichts aktueller Nachrichten. Erneut ist nämlich die Rede davon, dass der Bericht über die Funde im PN-Archiv, den Menschenrechtsprokurator Sergio Morales im März der Öffentlichkeit präsentiert hatte, zensiert worden sei (¡Fijáte! 434).

Auch hier kennt Kate Doyle die

Details, da sie die Vorversion des gedruckten Berichtes gelesen hat. Sie zählt die wesentlichen vier Aspekte auf, die im präsentierten Bericht fehlen. Aus ihr unerfindlichen Gründen - und selbst auf persönliche Nachfrage ihrerseits verweigerter Sergio Morales ihr die Erklärung - hat der Menschenrechtsprokurator, der in einem folgenden Interview klar äusserte, dass in dem Bericht stehe, was ER wollte, aus dem Originalbericht Informationen gestrichen die 1. in Verbindung stehen mit der Rolle, die die USA gespielt hat in Bezug auf die Finanzierung, Ausbildung und Ausrüstung der *Nationalpolizei* ab Mitte der 60er Jahre in der Absicht, die Polizei auf Aufstandsbekämpfungsoperationen auszurichten; die 2. in Zusammenhang stehen mit der Kontrolle, die das Militär über die *Nationalpolizei* ausgeübt hat, um diese einzubinden in die Strategien und Taktiken der Aufstandsbekämpfung, die mit roher Gewalt und unrechtmässig gegen das guatemalteckische Volk ausgeübt wurde; und die 3. aufschlussreich sind hinsichtlich der spezifischen Struktur und der Rangordnung der Offiziere in der Hierarchie der *Nationalpolizei* - darunter beispielsweise die explizite Nennung der ranghöheren Militärs, die das Verschwinden des Gewerkschafters und Studierendenführers Fernando García angeordnet haben. Und schliesslich wurde, so Doyle das komplette vierte Kapitel gestrichen, das eine tiefgehende Analyse von neun Fällen der Verletzung der Menschenrechte darbot, die alle von nationaler Bedeutung sind.

Claudia Méndez Arriaza, die auch im Fall Gerardi involvierte Journalistin (siehe Hintergrundartikel), schreibt in der Tageszeitung *el Periódico*, dass seit Anfang letzter Woche in DiplomatInnenkreisen und internationalen Geldgeberinstitutionen der PDH einige Briefe kursieren. Antonio González Quintana und Fina Solá, Mitglieder des Internationa-

len Beratungsstabs des Aufarbeitungsprojekts des PN-Archivs, sprechen in dem ihren von einer Krise, die das Menschenrechtsprokurat durchlaufe. Selbst seine engsten MitarbeiterInnen würden Prokurator Morales alles anerkennen, doch Fleiss und Ehrlichkeit gehörten nicht dazu. Ein Brief, geschrieben von Gustavo Meoño, der vormals Direktor des Archivprojekts war, dann jedoch zum Koordinator degradiert wurde, da die Direktion von der von Morales vorgeschlagenen Vizeprokuratorin besetzt werden sollte - ohne dass das jemals in der Öffentlichkeit bekannt wurde -, weist denn auch auf Fälle von Vetternwirtschaft, Scheinarbeitsplätze und, schlimmer noch, Fälle hin, in denen die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen blockiert werden.

Wenige Tage zuvor hat die Menschenrechtskommission des Kongresses Morales bereits zu einer Aussprache zitiert, die möglicherweise in der Absetzung des Prokurators gipfeln kann. Anlass sind die Ermittlungsergebnisse des mutmasslichen Entführungs- und Vergewaltigungsfalls an Morales Gattin Gladys Monterroso (¡Fijáte! 436 und 437). Die Kongresskommission fordert nun die Untersuchungsberichte des Menschenrechtsprokurats, das seinerseits Ermittlungen in dem Fall angestellt hatte und deswegen von der *Internationalen Kommission gegen Strafflosigkeit in Guatemala* (CICIG), die sich des Falls angenommen hat, in Frage gestellt wurde. Die Untersuchungsergebnisse der PDH stellen derweil die Grundlage für die bisher einzige Festnahme eines Verdächtigen, Óscar Martín Gutiérrez Valle. Der zuständige Richter lehnte die von der CICIG wegen fehlender Beweise geforderte Freilassung von Gutiérrez inzwischen ab. Doch die Untersuchungen, die die PDH durchgeföhrt und vers-

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

anlasst hat, scheinen nicht dem rechtlichen Prozedere zu entsprechen und sind möglicherweise als Beweismaterial nichtig. Die Internationale Kommission wurde unterdessen als Nebenklägerin im Prozess gegen Gutiérrez zugelassen. Was hingegen Gladys Monterroso dazu bewegt hat, sich an dem von der CICIG aufgedeckten Spiel zu beteiligen, unterliegt Spekulationen: Eine Version vermutet, sie habe sich zum Opfer machen wollen, um damit Aufmerksamkeit und die Finanzierung zur Gründung einer eigenen Stiftung zu erreichen, eine andere These meint, sie wolle ihr Gesicht bekannt machen, um bei den Wahlen in 2011 als Kandidatin zur Kongressabgeordneten für die Partei *Encuentro por Guatemala* anzutreten. Und eine weitere Hypothese bringt sie doch in Verbindung mit Sergio Morales, mit dem sie gemeinsame Kinder hat, fand die angebliche Entführung doch einen Tag nach Präsentation des PDH-Berichts über das PN-Archiv statt.

Miguel Ángel Sandoval berichtet im *Diario de Centro América* schliesslich von weiteren dunklen Flecken, die die PDH belasten. Demnach werfen RegierungsfunktionärInnen der PDH mindestens ein schweres Vergehen vor: die Geheimhaltung von Informationen im Rahmen der Ermittlungen des Falls Rosenberg (¡Fijáte! 435 ff.), speziell vor der CICIG. Offenbar hielt die PDH eine Woche lang den Zeugen des Mordes an Anwalt Rosenberg zurück. Dieser hatte sich im PDH-Büro in Quetzaltenango gemeldet und später ausgesagt, die *Patriotische Partei* habe eine Bande von Auftragsmördern angeheuert, Rosenberg zu töten, doch dann habe die Partei einen Rückzieher gemacht und wollte die versprochene Gegenleistung nicht erbringen.

Erwin Pérez macht in seinem Artikel in *Incidencia Democrática* vom 26. Juni dann das öffentlich, was sich mehr und mehr zum offenen Geheimnis entwickelt hat bzw. längst bekannt ist. Die Erklärungen für Morales Handlungen sind derweil rein politischer Natur. Pérez erinnert dabei an die Wiederwahl des Menschenrechtsprokurators im April 2007, die bereits damals begleitet war von einer Welle von Kritik in Bezug auf die wenig transparenten Umstände der Wahl. Dabei war die Rede von Stimmenkauf, Manipulationen, Lügen und politischen Geschäften, in denen nicht nur partielle und sektorielle Interessen im Vordergrund standen, sondern in deren Zuge auch das Verhältnis zwischen der Institution und den zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen ins Schwanken geriet. Morales wurde wiedergewählt, doch sowohl er selbst

als auch die von ihm repräsentierte Institution erlitten erheblichen Reputationsschaden, von ihrer Legitimität nicht zu reden. In Folge der Wiederwahl war die Rückzahlung von Gefälligkeiten nicht zu übersehen. Von heute auf Morgen entliess Morales beispielsweise eine ganze Gruppe von MitarbeiterInnen und ersetzte sie durch ParteigängerInnen der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), die entscheidend war für Morales Amtsweiterführung - und deren oberster Chef, Efraín Ríos Montt, einer der Hauptangeklagten wegen Genozids und einer lange Reihe von Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts ist, entledigte sich somit eines möglichen Gegners.

Und nun scheint ein weiterer pensionierter General, der eine aktive Rolle während des Konflikts innehatte, sich Morales zum Spiessgesellen gemacht zu haben: In zahlreichen Kreisen wird spekuliert, dass der Menschenrechtsprokurator Aspirationen hat, seinen aktuellen Posten als Katapult zu nutzen, sich für ein politisches Amt - potentiell gar als Kandidat für die Präsidentschaft, so wie es einer seiner Vorgänger, Ramiro de León Carpio 1993 mit Erfolg geschafft hat - aufstellen zu lassen. Und warum

nicht für die *Patriotische Partei*? Die Geheimhaltung des Zeugen im Fall Rosenberg jedenfalls fiel eindeutig zugunsten dieser Partei aus.

Doch angesichts der sich häufenden Skandale, die zudem publik geworden sind, und in denen Sergio Morales ganz offensichtlich persönlich involviert ist, schwimmen diesem derzeit die Felle davon. Alles deutet darauf hin, dass zumindest ausreichend Material vorhanden ist, Morales vor Gericht zu bringen. In Menschenrechtskreisen werden bereits Wetten abgeschlossen, ob er noch bis zum 7. oder doch bis zum 15. des Monats im Amt bleibt. Klar ist auch, dass die Liste der von ihm gedeckten Menschenrechtsverletzungen ohne Schwierigkeiten verlängerbar ist, steht er erst einmal am Pranger.

In Bezug auf das Projekt des *Nationalpolizeiarchivs* ist indes die Rede davon, dieses dem *Archivo General de Centroamérica* zuzuweisen, dem Staatsarchiv, das zur Bewahrung des dokumentierten Erbes der Nation zuständig ist. Just in diesen Tagen wurde bekannt gegeben, dass dieses Archiv inzwischen auch im Internet zu besuchen ist, und zwar unter:

www.archivogeneraldecentroamerica.com

Militärische Geldhinterzieher

Guatemala, 28. Juni. Nach einer heftigen rechtlichen Auseinandersetzung zwischen der zuständigen Richterin, Irma Leticia Valenzuela, und der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG), deren Anlass Valenzuelas Versuch war, die CICIG als Nebenklägerin im Fall des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo wegen Hinterziehung von Millionen aus dem Verteidigungsministerium während seiner Amtszeit auszuschliessen, eine Entscheidung, die letztlich wieder aufgehoben wurde, stehen inzwischen weitere an der Veruntreuung beteiligte Personen im Rampenlicht.

So wurde letzte Woche der unter Portillo (2000-2004) amtierende Verteidigungsminister, der pensionierte General Eduardo Arévalo Lacs, verhaftet und zunächst ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Angeklagt ist er der Unterschlagung von 120 Mio. Quetzales aus seinem damaligen Ressort. Dass er tatsächlich ins Gefängnis ging, war der Ansetzung der Kautions auf 40 Mio. Quetzales geschuldet, eine Summe, die Arévalo Lacs nicht aufbringen kann. Doch dieselbe, für die Kautions verantwortliche Richterin, Marta Sierra Stalling, ordnete wenige Tage später die Verlegung des Militärs ins Militärgefängnis an, wegen von ihm angegebenen gesundheitlichen Problemen. Die CICIG stellt

diese Entscheidung in Frage, da die vorliegenden Unterlagen dafür keinen Anlass gäben, und fordert ihre Aufhebung.

Der pensionierte General Arévalo Lacs hielt sich nach Amtsniederlegung weiterhin in der politischen Sphäre auf und fungierte als Sekretär für Interne Angelegenheiten in der Partei der *Einheit der Nationalistischen Veränderung* (UCN), die von Dissidenten der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) gegründet worden war und Portillo nahesteht, der dabei ist, derzeit eine eigene Partei aufzustellen.

Zwei weitere ehemalige Militärs, Napoleón Rojas und Jacobo Salán, die die Sicherheitschefs von Portillo gewesen waren, entkamen dieser Tage ihrer Festnahme, da sie just im Moment der Hausdurchsuchung nicht anwesend waren. Dokumente und Fahrzeuge jedoch legen nahe, dass sie sich zumindest am Tag zuvor noch dort aufgehalten hatten. Rojas und Salán werden ebenfalls in Verbindung mit der Unterschlagung der 120 Millionen gebracht: Sie sollen das Geld in drei bestimmten Nächten im Jahr 2001 in einem gepanzerten Auto in die Keller des *Nationalen Kredit- und Hypothekeninstituts* (CHN) transportiert haben. Gegen beide wurde bereits wegen mutmasslicher Verbindung zum organisierten Verbrechen ermittelt.

Gesetzeswidriges Sprachdefizit

Guatemala, 16. Juni. Selbst sechs Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes der Nationalen Sprachen, das ein System aufstellt, demgemäss der öffentliche Verwaltungsverkehr in den Sprachen abzuhalten ist, die von den jeweiligen Gemeinden gesprochen werden, wurde bis heute nicht das entsprechende Reglement veröffentlicht, dass die Umsetzung des Gesetzes in die Praxis erläutert und festlegt. Dieses hätte gemäss der üblichen Verordnung innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes geschehen müssen.

Gemäss Artikel 8 desselben "können auf guatemaltekischem Territorium die Sprachen der Maya, Garífuna und Xinka ohne Einschränkungen sowohl im öffentlichen wie privaten Bereich genutzt werden, bei Bildungs-, akademischen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aktivitäten". Doch die Realität sieht ganz anders aus.

So weist Martín Sacalxot vom *Büro der Indigenen Völker* des Menschenrechtsprokurats (PDH) darauf hin, dass die Indígenas weiterhin durch die Nicht-Erfüllung dieses Gesetzes beeinträchtigt werden. Als einen wesentlichen Grund, der die Erreichung der hehren Gesetzesziele behindere, nennt Sacalxot das Fehlen eines wirklichen politischen Willens, erkennbar darin, dass bislang jeglicher Vorschlag zur Formulierung des Reglements abgewiesen worden sei.

Derweil, so der Aktivist, seien die

Vorschläge, die von der Exekutive selbst kommen, äusserst spärlich und unzureichend, um eine tatsächliche Zweisprachigkeit zu fördern. Das sei in Bereichen der Bildung, der Gesundheit und dem Justizsystem mehr als offenkundig, in denen der Grossteil des unter Vertrag genommenen Personals nur Spanisch spreche. Nur im Bildungssystem sei ein kleiner Fortschritt erkennbar mit der Zunahme von zweisprachigem Lehrpersonal und von Schulen, in denen Spanisch, aber eben auch die lokale indigene Sprache gelehrt werde. In den anderen beiden Bereichen sei die Situation weitaus dramatischer; in der gesamten Staatsanwaltschaft gebe es gerade einmal knapp 40 DolmetscherInnen.

Gleichzeitig ist es schwierig festzustellen, wie viele Personen eine der 24 indigenen Sprachen sprechen, da es keinen entsprechend detaillierten Zensus gibt. Carlos Marcial, Vizedirektor für Sprach- und Kulturpolitik des Bildungsministeriums, schätzt die Zahl auf mehr als 6,5 Mio. indigene EinwohnerInnen, von denen mehr als die Hälfte ihre "Muttersprache" sprächen.

Neben der Zweisprachigkeit in der mündlichen Kommunikation sieht das Gesetz noch zwei weitere Aspekte vor, die jedoch ebenfalls von der mangelnden Umsetzung geprägt sind: demzufolge sollen alle Normen und nationalen Anordnungen in die 24 anerkannten Sprachen übersetzt werden, und es soll

ein staatlicher Fonds eingerichtet werden, um diejenigen Sprachen zu retten, die vom Aussterben bedroht sind, wie das Itza', das im Petén noch von sehr wenigen Personen gesprochen wird.

Menschenrechtsaktivist Sacalxot informiert indes, dass es im ganzen Land rund 157 Verwaltungsbezirke (von insgesamt 332) gibt, mit einem Anteil an indigener Bevölkerung von 80%, die die historischen und diskriminierenden Vorurteile derjenigen zu spüren bekäme, die den kulturellen Wert der indigenen Sprachen verkannten und ihr Erlernen als Rückschritt betrachteten, so Sacalxot.

Derweil geht die Sprachengemeinde der Chorti' aktiv gegen den drohenden Verlust ihrer Sprache an. So hofft Petronila Pérez López von der *Akademie der Maya-Sprachen Guatemalas* (ALMG), dass mit den 30 Sprachzentren, in denen das Chorti' gelehrt wird, und dem Druck von Dokumenten in Chorti' viele Personen motiviert werden, diese Sprache zu lernen.

Manche SprachwissenschaftlerInnen sind der Ansicht, dass der Einfluss durch das Ausland hinsichtlich der Verbreitung vornehmlich des Englischen und englischsprachiger Musik Faktoren darstellen, die zur Abwertung der lokalen Sprachen bei den Jugendlichen beitragen, die vor allem von den Erwachsenen und nur noch wenigen jungen Menschen in den ländlichen Regionen gesprochen werden.

Vaterschaftsgesetz - keine Ausrede mehr

Guatemala, 17. Juni. Seit vor zehn Monaten das Gesetz zur Verantwortungsvollen Vaterschaft in Kraft getreten ist, hat das *Institut der Pflichtverteilung* 505 entsprechende Klagen entgegen genommen. Als letzter Beweis gilt in diesen Fällen inzwischen auch in Guatemala der ADN-Test.

Von den 505 Klagen kam es in 90 Fällen zu einer Einigung, bevor auf den ADN-Test zurückgegriffen wurde. Weitere 25 Männer unterzogen sich dem Examen - alle davon resultierten positiv.

Die Klärung der Vaterschaft macht es erst möglich, dass das Kind im *Nationalen Personenregister* (RENAP) mit beiden Elternteilen anerkannt wird und die Mutter, die den Antrag auf Vaterschaftsüberprüfung stellen muss, Anspruch auf Unterhaltszahlungen vom Kindeserzeuger erheben kann.

Stellt sich der mutmassliche Vater seiner Verantwortung nicht, beginnt der Rechtsprozess, in dem die klagende Mutter Beweismaterial vorlegen muss, das die Beziehung zwischen dem Mann und dem Kind belegt. Ein ADN-Test, der in dem teuren Privathospital "Mulitmedica" durchgeführt wird, kostet derweil 2'000 Quetzales (ca. US-\$ 250).

Auch das Biochemie-Departement der privaten Universität *Mariano Gálvez* macht diese Tests - für 3'300 Quetzales (ca. US-\$ 415). Laut dessen Direktorin Eyda Mendía fielen von den 60 Tests dieses Jahr bislang 40 positiv aus, 30 davon wurden auf gerichtliche Anordnung durchgeführt.

Unklar ist, wer letztlich die Kosten

für den Test trägt. Obliegt er der Klägerin oder auch dem Angeklagten, bleibt wohl in vielen Fällen nach dessen Bezahlung die Unterhaltszahlung erst einmal aus oder aber diese muss dafür genutzt werden, den für den Test aufgenommenen Kredit abzuzahlen. Eine einvernehmliche Einigung im Vorfeld liegt wohl dann im beiderseitigen Interesse.

Teuerste Medikamente der Region

Guatemala, 24. Juni. Ein Bericht des *Zentralamerikanischen VerbraucherInnenschutzrates* (CONCADECO) positioniert Guatemala als das Land in der Region, in dem Medikamente am teuersten sind. Die Studie basiert auf dem Preisvergleich in 284 Apotheken in den Hauptstädten der Länder des Isthmus'. Für die Untersuchung wurden insgesamt 60 der üblichsten Medikamente ausgewählt, 30 Originale und 30 Generika. Darunter Paracetamol, Analgetika und Antihistaminika.

Im regionalen Vergleich liegt Managua, Nicaragua an unterster Stelle mit den preisgünstigsten Medikamenten. Während hier die prozentuale Differenz

zwischen Generika und Originalmedikamenten bei 479% liegt, beträgt der Unterschied in Guatemala 147%, in El Salvador 165%. Auch bezahlen die NicaraguanerInnen im Schnitt 42% weniger für neu auf den Markt gebrachte Pharmaka als in Guatemala.

Während der Wirtschaftsminister Rubén Morales sich darauf beschränkt, die Tatsache der höchsten Medikamentenpreise zu bedauern, vermutet die Tageszeitung *La Hora* dahinter einen Zusammenhang zwischen den ProduzentInnen und ImporteurInnen der Medikamente und der Finanzierung der vorhergehenden Wahlkampagnen um die Präsidentschaft.

Das Militär kehrt zurück

Guatemala, 22. Juni. Fünf Jahre, nachdem sie aus Rabinal, Baja Verapaz vertrieben wurde, da die Bevölkerung nichts mehr mit denjenigen zu tun haben wollte, die die Hauptrolle in den Massaker gegen sie gespielt haben, kehrt die Armee nun wieder in den Ort zurück, um der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) bei der Bekämpfung der Kriminalität zur Seite zu stehen. Auf Antrag des *Munizipalen Entwicklungsrates* (COMUDE) wurde ein Kommando mit 21 SoldatInnen und zwei Offizieren in Rabinal aufgestellt.

Laut Gemeindeführer Agustín Aj Piox sei die Situation der Verbrechen in Rabinal nicht mehr auszuhalten. "Deswegen haben wir um die Rückkehr des Militärs gebeten. Wir hoffen, dass die Bevölkerung jetzt in Frieden leben kann." Die Gouverneurin von Baja Verapaz, Ángela Flavia Reyes Larios, wies darauf hin, dass Rabinal, Studien zufolge, das unsicherste Munizip des Departements sei. Seit Oktober 2009 patrouillierten SoldatInnen dreimal die Woche durch den Ort, ab jetzt werden sie also permanent präsent sein.

Auch ins grösste Munizip des Departements Quiché, Ixcán, kehrt die Armee zurück. Vor zwei Monaten hatte der Kongress dafür eine Sonderzulage über 150 Mio. Quetzales gebilligt, von denen die ersten 25 Mio. bereits ans Verteidigungsministerium überwiesen wurden. Damit soll die 6. Militärbrigade wieder funktionieren - in einer Region, die zu denen gehört, die am stärksten vom internen bewaffneten Konflikt betroffen worden war. Heute sieht sich die Bevölkerung nicht nur konfrontiert mit der Invasion von Drogentransport und illegalem Holzschlag, sondern zusätzlich von den Bedrohungen und Auswirkungen von Megaprojekten wie den geplanten Wasserkraftwerken Xalalá und Xacbal und dem Bau der Verbindungsstrasse *Franja Transversal del Norte*, die den Warentransport aus dem Norden ins und durchs Land erleichtern soll. Die Aufgabe der Militärbrigade besteht derweil in der Unterstützung von nicht weiter detaillierten "Sicherheitsoperationen" auf der *Franja Transversal*, dem Kampf gegen den Drogenhandel sowie gegen die Invasionen in das Naturschutzgebiet der *Biósfera Maya*. Ausserdem soll sie die Gebiete wieder zurückgewinnen, die vom organisierten Verbrechen eingenommen worden sind, die zwischen dem Departement Izabal und der Grenze zu Mexiko operieren. Nichts wird indes laut darüber, dass dieses Gebiet zudem eingenommen ist von Grossplantagen von Zuckerrohr und Ölpalme zur Herstellung von

Agrodiesel, was seit langer Zeit die Verdrängung der Bevölkerung in die unfruchtbaren Berge und aus der Gegend zur Folge hat. So verwundert es nicht, dass das Operationsgebiet der Brigade die Departements Alta wie Baja Verapaz, den Norden von Quiché und den Süden von Petén umfasst.

Die hiesige Kaserne war nach der Unterzeichnung der Friedensverträge geschlossen worden. Aktueller Plan ist, hier zwischen 600 und 1000 SoldatInnen zu stationieren. Dafür hat das Verteidigungsministerium bereits Ausschreibungen lanciert, mittels deren es Freiwillige rekrutieren will, die in Playa Grande, Ixcán, Militärdienst leisten wollen, um "ihrer Verpflichtung gegenüber dem Vaterland nachzukommen", so Verteidigungsminister Abraham Valenzuela.

Indes artikulierten die lokalen Volksorganisationen ihren Widerstand gegen die Installation der Kaserne im Munizip Ixcán, wo sowohl RückkehrerInnen aus dem Exil und aus den Bergen, sowie Mitglieder der Widerstandsgemeinden (CPR) leben. Doch aufgrund der immer noch herrschenden Angst habe niemand etwas gesagt, meint Marcelino López, Vertreter der örtlichen Sozialpastorale. Gleichwohl hätten die Organisationen eine bezahlte Anzeige geschaltet, um ihre Haltung kundzutun. Doch in den Dörfern herrsche die Angst, dem Staat zu widersprechen. Gemäss López seien die herrschende Gewalt und der Drogenhandel nicht die einzigen Gründe für die angekündigte Militärpräsenz, dahinter steckten noch andere, nicht deklarierte Motive. In Sachen Sicherheit für die Bevölkerung sei es derweil viel nötiger, dass mehr PolizistInnen in die Region geschickt würden.

Rund zehn Tage vor der geplanten Eröffnung der Kaserne, verkündete das

Finanzministerium, dass es die gebilligten Gelder doch nicht ans Militär weiterleiten werde, denn das originale Haushaltsgesetz beinhaltet bereits diesen Posten: "Innerhalb des Ausgabenetats des Verteidigungsministeriums wird der Posten für die Modernisierung und Professionalisierung der Armee sowie die Ausweitung von Militärbasen im Land in Höhe von 150 Mio. Quetzales berücksichtigt," so Artikel 3, Absatz 4.

Eine weitere Militärbasis ist unterdessen für 2010 im ebenfalls an Mexikogrenzenden Departement San Marcos geplant. Bisher gibt es funktionierende Kasernen in Petén, Zacapa, Jutiapa, Suchitepéquez und Huehuetenango.

Währenddessen beantragten BürgermeisterInnen aus verschiedenen Munizipien in Quetzaltenango sowie der Bürgermeister vom hauptstädtischen Vorort Mixco, verstärkte Sicherheitsmassnahmen und Unterstützung im Kampf gegen Überfälle, Geiselnahmen, Erpressungen, Morde und den Drogenhandel. In diesen Verwaltungsgebieten wird derweil explizit die Präsenz des Militärs gefordert, allein in Quetzaltenango sollen demnach sieben Kasernen geöffnet werden. Doch auch eine Aufstockung der Polizei sei vonnöten. So berichtet Quetzaltenangos Bürgermeister Jorge Barrientos: "Wir haben zurzeit einen Polizisten für 3'965 EinwohnerInnen, das kann doch nicht sein!"

Bürgermeister Amílcar Rivera forderte für das Munizip Mixco indes acht Militärstationen und eine Stärkung der Polizeikommissariate. Mixco gehört zum Grossdepartement Guatemala, in dem die Stadt Guatemala, das westlich liegende Mixco und der im Süden befindliche Vorort Villa Nueva als die am stärksten von der Kriminalität betroffenen Verwaltungsbezirke des Landes gelten.

Suspekte Militärausgaben

Guatemala, 08. Juni. Der Rechnungshof stellte jetzt fest, dass das Verteidigungsministerium ohne rechtliche Grundlage im laufenden Jahr bereits 3,3 Mio. Quetzales an InformantInnen gezahlt hat, die für die Staatssicherheit relevante Hinweise gegeben haben sollen, ohne dass darüber nähere Angaben vorliegen. Dieser Posten wird im Staatshaushalt für die Bezahlung von Auskünften an den staatlichen Geheimdienst durch Privatpersonen genutzt, die die Festnahme von Justizflüchtigen ermöglichen. Die Ausgaben des Militärs für dieses Konzept könnte darauf hinweisen, dass dieses - widerrechtlich - an der strafrecht-

lichen Verfolgung von Verdächtigen beteiligt ist. Indes konnte vom Rechnungshof noch nicht belegt werden, dass die insgesamt 12,4 Mio. Quetzales, die das Ministerium in den letzten vier Jahren als "Belohnung" ausgezahlt hat, auch tatsächlich diesem Zweck gedient haben. Diese Praxis des Ressorts als solche wurde auch zu keinem Zeitpunkt publik gemacht. Verwundern lässt der Vergleich: Das für die Sicherheit des Landes zuständige Innenministerium hat in diesem Jahr gerade einmal 20'000 Quetzales und im Vierjahresvergleichszeitraum 500'000 Quetzales für Sicherheitsrelevante Hinweise ausgegeben hat.